

# GEGEN DIE FREIGABE VON PYROTECHNIK IN STADIEN



DEUTSCHE  
POLIZEIGEWERKSCHAFT  
NIEDERSACHSEN

STAND AUGUST 2017

Pyrotechnik bringt  
Menschenleben in  
Gefahr

Nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) ist die Kehrtwende von Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius, künftig vor denjenigen einzuknicken, die mit Pyrotechnik immer wieder Menschenleben in Gefahr bringen, abenteuerlich und unfassbar leichtsinnig. Sowohl der DPolG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt, als auch der niedersächsische Landesvorsitzende Alexander Zimbehl äußerten sich mit diesem Tenor mit Nachdruck als Reaktion auf das Presseinterview des niedersächsischen Innenministers.

1000 Grad heiße  
Fackeln

Bislang war es allgemeiner Konsens in der Politik, dass es keine Abkehr vom allgemeinen Verbot von Pyrotechnik innerhalb oder außerhalb der Stadien geben darf, dabei sollte es unbedingt auch bleiben. Mit seinem Vorstoß sendet der Innenminister das fatale Signal, dass es nur ein paar organisatorischer Schritte bedürfe und dann seien diese bis zu 1.000 Grad heißen Fackeln ungefährlich. Eine solche Ansicht hat man bislang aus Fanggruppierungen immer mal wieder gehört, ist aber zu Recht politisch nie ernsthaft in Erwägung gezogen worden. Alexander Zimbehl wies ferner darauf hin, dass dieser Vorschlag von Innenminister Pistorius auch innerhalb der niedersächsischen Polizei, selbst bei höchsten Führungskräften nur noch Kopfschütteln hervorgerufen hat. Tatsächlich nachvollziehen können innerhalb der Polizei dieses offenbar die wenigsten. Pistorius offenbart eine unglaubliche Fahrlässigkeit, wenn er unterstellt, dass diejenigen, die Pyrotechnik bei sich tragen, zuverlässig und rechtstreu seien und man mit ihnen Verabredungen treffen könnte. Gerade die Ereignisse am vergangenen Montag in Rostock haben gezeigt, dass diese Kriminelle keinerlei Bereitschaft zeigen, sich an irgendwelche Regeln zu halten. Deshalb sollte der Minister rasch klarstellen, dass er von der bisherigen Praxis des Pyro-Verbotes nicht abrücke. Die DPolG spricht sich ferner nachdrücklich dafür aus, die Polizeigesetze der Länder mit klaren und einheitlichen Befugnissen auszustatten, von Meldeauflagen bis zum Unterbindungsgewahrsam für ausgesprochen intensive Chaoten.

Arbeitsplatz  
Streifenwagen deutlich  
angenehmer gestalten

Reduktion von  
Krankheitsausfällen

Meldeauflagen bis  
zum Unterbindungsgewahrsam

Der Geschäftsführende Landesvorstand der DPolG Niedersachsen